



AKTUELL AUS DEM DRB-BUNDESVERBAND

Ausgabe 02/2010

1.3.2010

Inhalt dieser Ausgabe:

- I. **Neuer Service des DRB: RECHTSPRECHUNGS-INFO BGH Zivilrecht**
- II. **Behebung von Personalengpässe in der Justiz (BR-Drs. 883/09)**
- III. **Abendgespräch im DRB-Haus**
- IV. **Sicherungsverwahrung**
- V. **Gerichtssprache Englisch**

I. Neuer Service des DRB: RECHTSPRECHUNGS-INFO BGH Zivilrecht

Gute Ideen setzen sich durch: Dr. Charlotte Rau, Richterin am Landgericht und Stefan Mrugalla, Vorsitzender Richter am Landgericht und 2. Stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Hessen, geben seit einiger Zeit einen Info-Dienst heraus, in dem sämtliche wichtigen Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen in wenigen Sätzen zusammengefasst sind. Ein solcher aktueller Infobrief gibt die Möglichkeit, sich zeitnah, schnell und unkompliziert zu informieren; deshalb will der Bundesverband diesen Service nun allen Mitgliedern des Deutschen Richterbundes zugänglich machen: in Zukunft werden das RECHTSPRECHUNGS-INFO BGH Zivilrecht allen Empfängern des Aktuell in unregelmäßigen Abständen zugestellt und zusätzlich in das [DRB-Forum](#) unter dem Link <https://phpbb.drb.de/phpbb/viewforum.php?f=118> eingestellt. Hier finden Sie auch schon die letzten acht Ausgaben des Infos aus dem Jahre 2010.

II. Behebung von Personalengpässe in der Justiz (BR-Drs. 883/09)

Der Deutsche Richterbund (DRB) hat in einer [Stellungnahme](#) vom Februar 2010 einen im Dezember 2009 beim Bundesrat eingebrachten [Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung, mit dem das Gerichtsverfassungsgesetz und das Rechtspflegergesetz geändert werden soll \(BR-Drs. 883/09\)](#), auf das Schärfste abgelehnt. Ziel des Gesetzentwurfs ist es, pensionierte Staatsanwälte bzw. Amtsanwälte bei dringenden dienstlichen Bedürfnissen als Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft auftreten zu lassen. Der Deutsche Richterbund ist der Ansicht, dass der punktuell und zeitlich begrenzte Einsatz pensionierter Staatsanwälte oder Rechtspfleger als örtliche Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaften keine geeignete Maßnahme ist, um Engpässe im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst zu beseitigen, weil die verantwortungsvolle Wahrnehmung des Sitzungsdienstes seitens des Staatsanwalts ein hohes Maß an Befassung mit dem einzelnen Fall voraussetzt. Der lediglich zeitlich

begrenzte und punktuelle Einsatz pensionierter Beamten stellt darüber hinaus das falsche politische Signal zur Bekämpfung der Personalnot in der Justiz dar. Wenn in dem Entwurf zutreffend ausgeführt wird, dass diese Personalnot besteht und sich sogar weiter verschärfen wird, ist das einzige geeignete Mittel zu ihrer Bekämpfung die Schaffung neuer Stellen, um Löcher in der Personaldecke nicht nur kurzfristig zu stopfen, sondern langfristig die dringend benötigte bedarfsgerechte Ausstattung der Justiz zu schaffen. Hierfür ist der vorgelegte Entwurf der Bayerischen Staatsregierung aus den genannten Gründen ungeeignet. Der Bundesrat ist dieser Argumentation gefolgt und hat in seiner [Sitzung am 12. Februar 2010 beschlossen](#), den Gesetzentwurf nicht beim Deutschen Bundestag einzubringen.

III. Abendgespräch im DRB-Haus

„Wir wollen Gespräche führen, zum Diskutieren einladen, Denkanstöße geben, Menschen zusammenbringen...“ so begründete der Vorsitzende Christoph Frank am 25.2.2010 in seiner Begrüßung die Einführung einer neuen Veranstaltung des Bundesverbandes: dem Abendgespräch im DRB-Haus. Hochrangige Vertreter aus Politik und Justiz sollen sich einmal im Quartal am Sitz des Deutschen Richterbundes in Berlin-Mitte treffen, um nach einem Referat über ein aktuelles Thema Fragen zu stellen, zu diskutieren und sich in lockerer Atmosphäre auszutauschen. Auch soll jedes Mal ein Journalist anwesend sein. Für die Auftaktveranstaltung konnte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion; Herr Jörg van Essen, MdB, gewonnen werden. Einen Bericht der Berliner Zeitung über das erste Abendgespräch finden Sie [hier](#).

IV. Sicherungsverwahrung

Am 17.12.2009 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im [Fall M. gegen Deutschland](#), dass die nachträglich verhängte Sicherungsverwahrung des M. gegen Art. 5 I, das Recht auf Freiheit und Art. 7 I EMRK, den Grundsatz „keine Strafe ohne Gesetz“ verstoße. Durch dieses Urteil ist eine Diskussion über die Neufassung der Vorschriften über die Sicherungsverwahrung im Strafgesetzbuch entbrannt. Bereits im [Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP](#) heißt es: *„Wir wollen eine Harmonisierung der gesetzlichen Anordnungsvoraussetzungen der Sicherungsverwahrung im Strafgesetzbuch, die rechtsstaatlich und europarechtskonform ist. Dabei wollen wir Schutzlücken im geltenden Recht, wie sie bei Strafverfahren in jüngster Zeit aufgetreten sind, schließen. Bei der gesetzlichen Regelung werden wir darauf achten, dass die Sicherungsverwahrung unter Berücksichtigung des notwendigen Schutzes der Bevölkerung ihren Ausnahmecharakter behält und auf schwerste Fälle beschränkt bleibt.“* Es ist damit zu rechnen, dass in der weiteren öffentlichen Diskussion eine Positionierung des Deutschen Richterbundes erwartet wird, so dass sich auch der Verband mit dieser Frage beschäftigen muss. Bedarf es einer grundlegenden Reform der Regelungen über die Sicherungsverwahrung? Muss der Kreis derer, für die eine Sicherungsverwahrung in Betracht kommen muss, erweitert oder eingeschränkt werden? Auf welchem Weg soll dies geschehen? Wenn Sie als Mitglied Einfluss darauf haben wollen, wie eine mögliche

Positionierung aussieht, schreiben Sie Ihre Meinung und diskutieren Sie mit uns im [DRB-Forum!](#)

V. Gerichtssprache Englisch

In der [Ausgabe 01/2010 des Aktuell aus dem DRB-Bundesverband](#) wurde der Gesetzentwurf der Länder Nordrhein-Westfalen und Hamburg vorgestellt, in dem vorgesehen ist, Kammern für internationale Handelssachen bei den Landgerichten vorzusehen, vor denen Verhandlungen in englischer Sprache geführt werden können. Nach Versendung des Aktuell erreichten die Geschäftsstelle viele Zuschriften; das Thema beschäftigt die Mitglieder. Deshalb möchten wir Sie um Ihre Meinung bitten: sind Sie für die Errichtung solcher Internationaler Handelskammern? Welche Vorteile können sich Ihrer Meinung nach hieraus ergeben? Welche Probleme sehen Sie? Diskutieren Sie mit uns im [DRB-Forum!](#)

Impressum:

Deutscher Richterbund

Kronenstraße 73/74

10117 Berlin

Tel. 0 30-20 61 25-0

Fax 0 30-20 61 25-25

info@drb.de

www.drb.de

Redaktion und Bearbeitung:

Dr. Günter Drange

Elisabeth Sift